

Beispielbescheid:

Ordnungsbehördliche Erlaubnis nach § 11 des Tierschutzgesetzes

Sehr geehrte/r Frau/Herr,

hiermit erteile ich Ihnen nach § 11 Abs. 1 Nr. 3 und 5 des Tierschutzgesetzes unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs

die Erlaubnis, ein Tierheim für

- **Hunde,**
- **Katzen,**
- **kleine Heimtiere**

zu unterhalten sowie Hunde zum Zwecke der Abgabe gegen Entgelt oder eine sonstige Gegenleistung aus EU-Mitgliedsländern zu verbringen.

Die Erlaubnis bezieht sich auf die Räume und Einrichtungen des Tierheim XY e.V. gemäß hier vorliegender Skizze s. Anlage (Gebäudeplan mit Unterbringungseinrichtungen) an der Str. in xxxxx Ort.

Verantwortliche Person für die o.g. Tätigkeit ist:

Frau XY, AB Str., xxxxx Ort

Die erforderliche Sachkunde hat Frau XY durch Prüfung am ... / durch Vorlage von ... (Sachkundebescheinigung) gegenüber dem Veterinäramt ZZ nachgewiesen.

Stellvertretung für Frau XY ist:

Herr UV, CD Str., xxxxz Ort

Die erforderliche Sachkunde hat Herr UV durch Prüfung am ... / durch Vorlage von ... (Sachkundebescheinigung) gegenüber dem Veterinäramt ZZ nachgewiesen.

Die Erlaubnis erlischt beim Wechsel der Räumlichkeiten oder beim Wechsel der verantwortlichen Personen.

Nebenbestimmungen:

Gemäß § 21 Abs. 5 in Verbindung mit § 11 Abs. 2a (alte Fassung) Tierschutzgesetz kann die Erlaubnis, **soweit es zum Schutz der Tiere erforderlich ist**, unter Befristungen, Bedingungen und Auflagen erteilt werden.

Folgende Auflagen werden erteilt:

1. **Änderungen mitteilen**

Alle wesentlichen Änderungen der in der Erlaubnis festgelegten Sachverhalte (Räume, Personen, Tierarten, Haltungseinrichtungen) sind der zuständigen Behörde umgehend schriftlich mitzuteilen.

2. **Begrenzung der Aufnahmemöglichkeit**

Die Erlaubnis beschränkt sich auf die gleichzeitige Aufnahme und Haltung folgender Tiere (beispielhaft):

- maximal x Hunde,
- maximal y Katzen,
- maximal z kleine Heimtiere.

Begründung:

Die Aufnahmekapazität orientiert sich am Personalbestand in Verbindung mit den Unterbringungsmöglichkeiten gemäß Anlage (Gebäudeplan mit Unterbringungseinrichtungen).

3. **Erreichbarkeit**

Zumindest die telefonische Erreichbarkeit einer der verantwortlichen Personen muss ständig gewährleistet sein.

Begründung:

Im Bedarfsfall muss ein schnelles Handeln gewährleistet sein.

4. **Bestandsbuch**

Folgende Daten sind im Rahmen des Tierheimbetriebs in einem mit fortlaufender Nummerierung geführten Bestandsbuch für jedes einzelne Tier regelmäßig zu erfassen und zu dokumentieren:

1. Ort und Datum der Aufnahme des Tieres
2. Herkunft des Tieres, wenn bekannt
3. Art/ggf. Rasse, Geschlecht, Name, Geburtsdatum, Mikrochip-Nummer, besondere Merkmale (z.B. Zustand des Tieres bei der Aufnahme)
4. Tierärztliche Behandlungen mit Datum
5. Datum der Abgabe des Tieres
6. Anschrift des neuen Besitzers
7. **Bei der Aufnahme von Hunden aus EU-Mitgliedstaaten:**
 - Bezug zu der die Sendung begleitende Bescheinigung (= Ausdruck oder INTRA-Nummer der TRACES-Bescheinigung) (§ 5 BmTierSSchV)
8. durchgeführte Euthanasien

Die Eintragungen in das Bestandsbuch sind stets unverzüglich vorzunehmen. Die geforderten Angaben können auch elektronisch erfasst werden. Der zuständigen Behörde muss während der üblichen Geschäfts- und Betriebszeit jederzeit eine Einsichtnahme ermöglicht werden.

Die Daten sind 5 Jahre aufzuheben.

Das Bestandsbuch muss der zuständigen Behörde einmal jährlich im Monat Januar für das zurückliegende Kalenderjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember zur Einsichtnahme während der Geschäfts- und Betriebszeit vorgelegt werden.

Begründung:

Auf Grund der Vielzahl an Tieren und Vermittlungen pro Jahr ist es notwendig, dass die zuständige Behörde bei einer Überprüfung alle relevanten Daten der Tiere einsehen kann. So lässt sich der Lebensweg der von Ihnen gehaltenen und weiter vermittelten Tiere jederzeit nachvollziehen.

Die Führung eines Tierbestandsbuches erfüllt nur dann seinen Sinn, wenn die Daten **vollständig, nachvollziehbar und übersichtlich** vorhanden sind bzw. dokumentiert werden.

5. Anforderungen an die Haltung

- 5.1 Die Räumlichkeiten und Haltungseinrichtungen müssen den spezifischen Anforderungen der zu haltenden Tierarten hinsichtlich Unterbringung, Ernährung und Pflege und den geplanten Belegungszahlen in Anzahl, Bauweise, Größe und Ausstattung entsprechen und neben geschlossenen Räumen auch über Ausläufe, die den Tieren zusätzliche Bewegungsmöglichkeiten und Umweltreize bieten, verfügen.
- 5.2 Für Hunde sind die Vorgaben der Tierschutzhundeverordnung verbindlich zu beachten.
- 5.3 Die Haltungseinrichtungen müssen den Tieren zudem ausreichend Beschäftigungs- und Rückzugsmöglichkeiten bieten, insbesondere bei der Gruppenhaltung.
- 5.4 Räumlichkeiten für Katzen sind mit Kratzbäumen, unterschiedlichen Ebenen und geeigneten Rückzugs- und Spielmöglichkeiten auszustatten.
- 5.5 Nach Abschluss der Quarantäne muss in Abhängigkeit von der Tierart und dem Verhalten des Individuums eine Haltung in Gruppen erfolgen, soweit das ohne verhaltensbedingte vorabsehbare Schäden und Leiden möglich erscheint. Dies erfordert eine genaue Beobachtung der zu vergesellschaftenden Tiere und eine schrittweise Zusammenführung.
- 5.6 Um Nachzucht sicher zu vermeiden, sind in den Gruppen nur gleichgeschlechtliche bzw. kastrierte Tiere zu halten. Etwa 30 % der vorhandenen Tierplätze sollten für die Einzelhaltung geeignet sein.

Begründung:

Trotz der Erkenntnis, dass Tierheime grundsätzlich nur eine vorübergehende Unterbringungsmöglichkeit für Fund-, Abgabe- und fortgenommene Tiere sein sollen, weil immer das grundsätzliche Ziel besteht, die aufgenommenen Tiere wieder an private Tierhalter zu vermitteln, muss damit gerechnet werden, dass einzelne Tiere aufgrund ihres Verhaltens oder ihrer Tiergesundheit nur eingeschränkt oder mitunter auch gar nicht vermittelt werden können. Auch bei Tierheimtieren ist daher in jedem Fall sicherzustellen, dass die gesetzlichen Mindestanforderungen für die Haltung der jeweiligen Tierart dauerhaft erfüllt werden. Die Beschäftigung von Tierheimtieren und der ständige Kontakt zur Betreuungsperson ist erfahrungsgemäß im Tierheim nicht in einer Form sicherzustellen wie bei einem privat gehaltenen Haustier, so dass die ausreichende Beschäftigung der Tiere, wenn eben möglich, u. a. durch Gruppenhaltung und soziale Interaktion mit anderen Tieren im Tierheim erfolgen sollte. Dafür unabdingbar ist aus tierärztlicher Sicht, dass jedes Tier sich vor anderen Tieren zurückziehen kann, wenn ein entsprechendes Ruhebedürfnis besteht. Auch müssen gewisse Kapazitäten für die

Einzelhaltung vorgehalten werden für Tiere, die anderen Tieren ihrer Art gegenüber unverträglich sind oder bei denen gesundheitliche Gründe bzw. mangelhafte Sozialisierung einer Vergesellschaftung mit anderen Tieren entgegen stehen.

6. Anforderungen an die Tiergesundheit

6.1 Erstversorgung Katzen

Im Quarantänebereich für Katzen sind alle aufgenommenen Tiere zunächst zu entwurmen und gegen Ektoparasiten (vor allem Flöhe, Ohrmilben) zu behandeln. Nach ca. 3 Tagen sind die klinisch gesunden Tiere dann gegen Katzenschnupfen und Katzenschnupfen durch einen praktizierenden Tierarzt impfen zu lassen. Erkrankte Tiere sind zu behandeln und erst nach Gesundung zu impfen. Wenn nach zwei Wochen keine klinischen Anzeichen einer Erkrankung der Tiere zu erkennen sind, können die Katzen die Quarantäne verlassen. Erst nach gründlicher Reinigung und Desinfektion des Quarantänerraumes dürfen wieder neue Katzen aufgenommen werden. Bei während der Quarantäne auftretenden Erkrankungen verlängert sich die Quarantäne so lange, bis auch das letzte erkrankte Tier genesen ist und eine Impfung gegen Katzenschnupfen und Katzenschnupfen mindestens 2 Wochen zurückliegt.

Begründung:

Um keine Krankheiten oder Parasiten in den vorhandenen Katzenbestand einzuschleppen, ist die Separierung und Impfung neu aufgenommener Katzen mit unbekanntem Gesundheitsstatus unbedingt erforderlich.

6.2. Erstversorgung Hunde

Alle Hunde, die aus dem Inland ohne Kenntnis über den Gesundheitsstatus aufgenommen werden, sind nach Durchführung erforderlicher tierärztlicher Behandlung und Parasitenbekämpfungsmaßnahmen schnellstmöglich von einem praktizierenden Tierarzt gegen die Erkrankungen Staupe, Parvovirose, Hepatitis contagiosa canis, Leptospirose, Zwingerhusten und Tollwut grundimmunisieren und entsprechend den Angaben des Impfstoffherstellers nachimpfen zu lassen.

Aus anderen Staaten dürfen nur Hunde aufgenommen werden, die bereits über einen stabilen Impfschutz gegen die Erkrankungen Staupe, Parvovirose, Hepatitis, Leptospirose, Parainfluenza und Tollwut verfügen. Die jeweils gültigen tierseuchenrechtlichen Vorgaben für die Einfuhr bzw. das Verbringen von Hunden sind zu beachten (siehe Nr. 9).

Begründung:

Zur Vorbeugung der Übertragung von Parasiten und ansteckenden Krankheiten sind die o.a. Maßnahmen notwendig.

6.3. Erstversorgung kleiner Heimtiere

Alle kleinen Heimtiere sind nach Aufnahme tierärztlich zu untersuchen und erforderlichenfalls tierärztlich zu behandeln.

Kaninchen sind nach Durchführung erforderlicher tierärztlicher Behandlung und Parasitenbekämpfungsmaßnahmen gegen RHD und Myxomatose zu impfen.

Begründung:

Zur Vorbeugung der Übertragung von Parasiten und ansteckenden Krankheiten sind die o.a. Maßnahmen notwendig.

6.4. Unterbringung erkrankter Tiere

Kranke Tiere sind, wenn es sich um ansteckende Erkrankungen handelt, isoliert von den übrigen Tieren unterzubringen.

Begründung:

Gesunde Tiere sollen vor Ansteckung geschützt werden, den kranken Tieren soll aber auch Ruhe zur Genesung ermöglicht werden.

6.5. Quarantäneeinrichtungen

- 6.5.1 Für Tiere unbekannter Herkunft sowie ansteckungsverdächtiger Tiere sind Räume zur Quarantäne vorzusehen, die räumlich und personell vom übrigen Bestand getrennt sind. Ist dies nur bedingt möglich, ist von den Mitarbeitern und ggf. ehrenamtlichen Helfern auf jeden Fall ein Wechsel der Oberbekleidung und des Schuhwerks durchzuführen. Für die Versorgung der Tiere in der Quarantäne sind separate Gerätschaften zu verwenden. An den Grenzen des Quarantänebereiches sind Desinfektionswannen aufzustellen.
- 6.5.2 In der Quarantäne sind die Tiere einzeln zu halten, in Gruppen nur, wenn sie als Gruppe (Würfe, Geschwister) eingeliefert wurden. Falls keine Einzelhaltung möglich ist, kann die „Quarantänezeit“ erst beendet werden, wenn die Voraussetzungen für das zuletzt eingestellte Tier erfüllt sind.
- 6.5.3 Um in den Behältnissen regelmäßige und wirksame Reinigungen und Desinfektionen durchführen zu können, müssen alle Oberflächen glatt, leicht zu reinigen, kratzfest und resistent gegen Desinfektionsmittel sein.
- 6.5.4 Die Dauer der Quarantäne muss mindestens zwei Wochen betragen. Bei hoher Gefährdungslage durch spezielle Erreger sind in Absprache mit dem behandelnden Tierarzt gesonderte Festlegungen zu treffen.

Begründung:

Da bei Fundtieren und beschlagnahmten Tieren der Gesundheitszustand in der Regel nicht bekannt ist und Krankheiten wie Staupe bei Hunden und Parvovirose bei Katzen in der Population zunehmen, ist eine Quarantäneeinrichtung unumgänglich, um die schon vorhandenen Tiere im Bestand vor einer Infektionskrankheit zu schützen. Eine 14tägige Aufenthaltsdauer in der Quarantäne deckt die Inkubationszeit für die wichtigsten Infektionskrankheiten ab. Bei neu konzipierten Tierheimen kann man von einem Platzbedarf von einem Drittel der Tierheimplätze in der Quarantäne ausgehen. Falls in bestehenden Anlagen keine eigenen Gebäude für eine Quarantäne geschaffen werden können, so ist diesem baulichen Defizit durch entsprechendes Hygienemanagement des Personals Rechnung zu tragen. Separate Gerätschaften, Schutzkleidung und Desinfektionswannen an den Grenzen des Quarantänebereiches sind erforderlich, um eine Übertragung von Krankheitserregern auf den gesunden Tierbestand zu verhindern.

Einzelhaltung in Quarantäne ist erforderlich, um eine Ausbreitung einer Infektionskrankheit von Tier zu Tier in der Quarantäne zu verhindern. Dabei sind Defizite im sozialen Gefüge durch erhöhten Pflegeaufwand auszugleichen (siehe auch Tierheimleitfaden des Landesverbandes der Tierärzte im öffentlichen Dienst in NRW aus dem Jahr 2007).

6.6. Veterinärmedizinische Betreuung

Das Tierheim wird von folgender Tierarztpraxis nach den Leitlinien für die ITB Tierheim (www.tieraerzteverband.de) regelmäßig betreut:

Tierarztpraxis XY, Str., Ort

Tierärztliche Behandlungen mit Datum und Diagnose sind für jedes Tier nachvollziehbar tagesaktuell zu dokumentieren.

Begründung:

Die regelmäßige Betreuung Ihres Tierheimes durch einen praktischen Tierarzt ist erforderlich, um eine kontinuierliche tiermedizinische Versorgung des wechselnden Tierbestandes sicherzustellen. Die tagesaktuelle Dokumentation der Einzeltierbehandlungen ist erforderlich, um bei Nachfragen Auskunft geben und so auch ggf. Beschwerden nach Vermittlung eines Tieres entgegenreten zu können.

7. Euthanasien

Nach § 16a TierSchG kann ein Tier auf Veranlassung der Behörde unter Vermeidung von Schmerzen getötet werden, wenn das Tier nach dem Urteil des beamteten Tierarztes nur unter nicht behebbaren erheblichen Schmerzen, Leiden oder Schäden weiterleben kann.

- 7.1 Tierheimtiere dürfen nur durch einen Tierarzt eingeschläfert werden und nur, wenn einer der folgenden Gründe nachweislich vorliegt:
- tierärztliche Indikation bei unheilbaren Krankheiten, die mit erheblichen Schmerzen und Leiden verbunden sind,
 - Verhaltensstörungen, die mit schweren Leiden für das Tier bzw. mit einer akuten Gefährdung der eigenen Gesundheit oder der des Menschen verbunden sind und gegebenenfalls erfolglos therapiert wurden.
- 7.2 Die Entscheidung zur Euthanasie eines kranken Tierheimtieres darf nur nach einer sicheren Diagnosestellung, die wiederholte klinische und gezielte diagnostische Untersuchungen einschließt, und bei infauster Prognose des Krankheitsverlaufes getroffen werden.
- 7.3 Sollte ein Hund wegen übersteigerter Aggressivität euthanasiert werden, ist ein auf Verhaltenstherapie spezialisierter Tierarzt zur Begutachtung hinzuzuziehen. Die Entscheidung zur Euthanasie aufgrund von Aggressivität fällt in jedem Fall nach Anhörung des betreuenden Tierpflegers, in Absprache zwischen dem behandelnden Tierarzt und dem Amtstierarzt (vgl. auch TVT-Merkblatt Nr. 110).
- 7.4 Zu jeder Euthanasie hat eine gesonderte Dokumentation mit Bezugnahme auf tierärztliche Befunde und Maßnahmen zu erfolgen, die mindestens fünf Jahre aufzubewahren ist.

Begründung:

Mit strengen Regeln zur Euthanasie von Tierheimtieren soll verhindert werden, dass Tierheimtiere insbesondere wegen Platzmangel oder schwerer Vermittelbarkeit ohne einen tierschutzrechtlich vernünftigen Grund eingeschläfert werden. Der Argumentation, dass schwer vermittelbare Tiere für einfach zu vermittelnde Tiere den Platz wegnehmen bzw. zu hohe Kosten verursachen, soll hier tierschutzrechtlich entgegen gesteuert werden.

Insbesondere bei Hunden mit übersteigerter Aggressivität besteht in der Regel ein Ermessensspielraum und die Euthanasie eines Tieres muss „Ultimo Ratio“ bleiben. Milderer Mitteln wie z. B. dem Versuch einer Verhaltenstherapie, Besuch einer Hundeschule oder die Unterbringung des Hundes in einer sachkundigen Pflegestelle ist

immer Vorrang zu bieten. Finanzielle Aspekte treten hinter dem Erfordernis der Beachtung des Tierschutzes zurück.

8. Vermittlung

- 8.1 Die Vermittlung von Tieren erfolgt auf der Grundlage eines Abgabevertrages, der genaue Angaben zur Person (Name, Wohnort, Straße) enthält.
- 8.2 Die Vermittlung darf nur an Personen, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, erfolgen (§ 11 c TierSchG n. F.), bei denen anzunehmen ist, dass sie über die für die Haltung des Tieres erforderlichen Voraussetzungen verfügen. Ggf. ist dies durch einen Besuch vor oder/und nach der Abgabe zu prüfen. Durch den zukünftigen Halter ist die nachprüfbare Zusicherung einer artgerechten Haltung in Schriftform mit Unterschrift abzugeben.
- 8.3 In dem Abgabevertrag sind die Kennzeichnung sowie Besonderheiten des Tieres aufzuführen, insbesondere hinsichtlich Verhalten, Ernährung und Krankheiten (vgl. dazu auch TVT-Merkblatt Nr. 110).

Begründung:

Um sicherstellen zu können, dass ein vermitteltes Tier in seinem neuen Zuhause auch entsprechend den tierschutzrechtlichen Vorgaben versorgt und gehalten wird, ist es erforderlich, genaue Angaben zur Eignung der übernehmenden Person zu erhalten.

Durch Überprüfung der künftigen Haltungsumgebung kann verhindert werden, dass Tiere an Personen vermittelt werden, die eine artgerechte Haltung entsprechend den tierschutzrechtlichen Vorgaben nicht gewährleisten können.

Für den Umgang und die möglichst schnelle Eingewöhnung eines vermittelten Tieres in seinem neuen Zuhause ist es wichtig, dass der neue Halter so umfassend wie möglich über das Verhalten und die speziellen Eigenarten des neuen Hausgenossen informiert wird. Informationen über vorhandene Krankheiten sind für den neuen Tierhalter wichtig, um eine angemessene weitere tierärztlich Versorgung des Tieres sicherstellen zu können.

9. Aufnahme von Hunden aus dem Inland oder aus EU-Mitgliedsstaaten

Sofern der Verein im Rahmen der Vermittlungstätigkeit von Tieren aus dem Ausland mit anderen natürlichen oder juristischen Personen zusammenarbeitet, haben die Verantwortlichen vor Aufnahme der Zusammenarbeit sicherzustellen, dass auch diese über alle erforderlichen tierschutzrechtlichen Erlaubnisse und/oder Zulassungen verfügen und die tierseuchenrechtlichen Anforderungen durch diese, soweit erforderlich, erfüllt werden.

Es dürfen nur Hunde aus dem Inland oder aus EU-Mitgliedsstaaten aufgenommen und vermittelt werden. Dabei sind folgende zusätzliche tierseuchenrechtliche Anforderungen zu beachten:

- a) Für Hunde aus anderen EU-Mitgliedstaaten gilt: Der Transport ist von der zuständigen Stelle, z. B. vom amtlichen Tierarzt im Herkunftsland über das EDV-Verfahren der EU „Traces“ am Verbringungstag an die Veterinärbehörde des Bestimmungsortes zu melden (Art. 12 RL 92/65/EWG). Das dabei erstellte Traces-Zertifikat ist im Original und in deutscher Sprache mitzuführen. Werden die Hunde über einen weiteren Mitgliedstaat nach Deutschland verbracht, sind die Traces-Bescheinigungen auch in der Amtssprache dieses Landes auszustellen (§ 3 Binnenmarkt - TierseuchenschutzVO). Das

entsprechende Zeugnis muss das jeweilige Tier während des gesamten Transportes begleiten und muss mit dem Tier im Original an den Empfänger übergeben werden. Sofern mehrere Hunde an einen Bestimmungsort/Haltungsbetrieb gehen, ist für diese Tiere eine gemeinsame Bescheinigung ausstellbar.

- b) Als Bestimmungsort sind die Adresse und der Name des aufnehmenden Tierheims/Tierschutzvereines oder des neuen privaten Besitzers in die TRACES-Bescheinigung einzutragen. Als Empfänger ist die vermittelnde Organisation einzutragen. Begründung: Über das TRACES-System erhält die für den Bestimmungsort zuständige Behörde die Mitteilung über die Sendung, somit wird eine physische Kontrolle der Tiere und Dokumente nach Ankunft am Bestimmungsort ermöglicht. Die Eintragung der vermittelnden Organisation/Person als Empfänger in der TRACES-Bescheinigung geschieht gemäß den Erläuterungen im Anhang der VO (EG) Nr. 599/2004, da diese für die Annahme bzw. Übergabe der Sendung im Bestimmungsland verantwortlich ist und somit die bei der Vermittlung beteiligte Organisation/Person der Behörde, die ggf. die Tiere und Dokumente überprüft, über die TRACES-Bescheinigung bereits offenkundig wird.
- c) Für jedes Tier ist ein Heimtierausweis mitzuführen. (RL 92/65/EWG Artikel 10 Absatz 2 (geändert zum 29.12.2014 durch Artikel 1, RL 2013/31/EU) i.V.m. Artikel 6 der VO (EU) 576/2013)
- d) Jeder Hund muss eindeutig mit einem Transponder oder durch eine deutlich lesbare Tätowierung, die vor dem 03. Juli 2011 vorgenommen wurde, gekennzeichnet sein. Die Transponder- oder Tätowierungsnummer, der Ort der Anbringung bzw. der Zeitpunkt des Ablesens muss im EU-Heimtierausweis von einem im Herkunftsland dazu offiziell berechtigten / ermächtigten Tierarzt eingetragen sein und vor der Ausstellung durch den ermächtigten Tierarzt überprüft worden sein. (RL 92/65/EWG Artikel 10 Absatz 2 (geändert zum 29.12.2014 durch Artikel 1 der RL 2013/31/EU) i.V.m. Artikel 6 i.V.m. Artikel 21 Absatz 1 Buchst. a) und Artikel 22 Absatz 1 Buchst. a) + b) der VO (EU) 576/2013)
- e) Jeder Hund muss über eine gültige Tollwutimpfung verfügen. Die Tollwutimpfung muss von einem im Herkunftsland offiziell berechtigten / ermächtigten Tierarzt im EU-Heimtierausweis eingetragen werden (RL 92/65/EWG Artikel 10 Absatz 2 (geändert zum 29.12.2014 durch Artikel 1 der RL 2013/31/EU) i.V.m. Artikel 6 Buchst. b) i.V.m. Anhang III der VO (EU) 576/2013)
Erläuterung: Gemäß Artikel 6 Buchst. b) i.V.m. Anhang III der VO (EU) 576/2013 muss eine gültige Tollwutimpfung folgende Anforderungen erfüllen:
- Der Impfstoff erfüllt die Anforderungen des Anhang III Nr. 1 der VO (EU) 576/2013
 - Der Impfstoff wird von einem ermächtigten Tierarzt verabreicht
 - Das Tier ist zum Impfzeitpunkt mindestens 12 Wochen alt
 - Ein amtlicher oder ermächtigter Tierarzt trägt den Zeitpunkt der Impfung im HTA ein
 - Die **Impfung erfolgt erst nach der Kennzeichnung**/Überprüfung der Kennzeichnung
 - Die Impfung ist erst mindestens 21 Tage nach Abschluss des vom Hersteller für die Erstimpfung vorgeschriebenen Impfprotokolls gültig
 - Die Gültigkeitsdauer wird vom ermächtigten oder amtlichen Tierarzt im HTA eingetragen. Sie beginnt mit dem o.g. Zeitpunkt (21 Tage nach Abschluss Impfprotokoll) und reicht bis zum Ende der vom Hersteller in der Zulassung angegebenen Impfschutzdauer.
- f) Für jedes Tier hat der ermächtigte Tierarzt im Heimtierausweis zu bestätigen, dass eine höchstens 48 Stunden vor dem Transport erfolgte klinische Untersuchung des Tieres

ergab, dass das betreffende Tier frei von sichtbaren Krankheitszeichen und transportfähig ist. (Binnenmarkt-TierseuchenschutzV Anl. 3 Abschn. I Nr. 7.1 i. V. m. Art. 10 Abs. 2 RL 92/65/EWG. (RL 92/65/EWG Artikel 10 Absatz 2 (geändert zum 29.12.2014 durch Artikel 1 der RL 2013/31/EU) i.V.m. Artikel 6 und 7 der VO (EU) 576/2013)

- g) Im Heimtierausweis muss die vermittelnde Person/Organisation/Verein aus dem Herkunftsland oder Deutschland als Tierbesitzer/Tierhalter mit allen Kontaktdaten eingetragen sein. Die erforderliche Unterschrift als Tierbesitzer ist vor Ausstellung durch den ermächtigten Tierarzt im Herkunftsland von der vermittelnden Person oder einem Mitglied der vermittelnden Organisation oder einer von dieser ermächtigten/beauftragten Person zu leisten.

Nach Übergabe der Tiere an die übernehmende Organisation/Verein/Tierheim in Deutschland ist diese/r/s als neuer Besitzer mit allen Kontaktdaten in den Heimtierausweis einzutragen und dies ist durch Unterschrift einer verantwortlichen Person der/des übernehmenden Organisation/Vereins/Tierheims im Heimtierausweis zu bestätigen.

Nach Weitervermittlung der Tiere an den/die neuen privaten Besitzer in Deutschland ist der neue Besitzer mit allen Kontaktdaten in den Heimtierausweis einzutragen und bestätigt dies durch seine Unterschrift.

(RL 92/65/EWG Artikel 10 Absatz 2 (geändert zum 29.12.2014 durch Artikel 1 der RL 2013/31/EU) i.V.m. Artikel 6 i.V.m. Artikel 21 Absatz 1 Buchst. c) und Artikel 22 Absatz 1 Buchst. d) der VO (EU) 576/2013)

Begründung: Gemäß der aufgehobenen VO (EG) 998/2003 Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b) i.V.m. der Entscheidung 2003/803/EWG war die Eintragung des Besitzers im Heimtierausweis bisher ohne dessen Unterschrift vorgesehen. Die nun erforderliche persönliche Unterschrift des Halters oder einer vom Halter ermächtigten Person soll die Besitzübernahme unwiderlegbar dokumentieren. Im Rahmen der Verbringung von Tieren aus dem Ausland nach Deutschland zur vorübergehenden Aufnahme in Tierheimen oder Pflegestellen und anschließender, aber womöglich erst deutlich später möglicher, Vermittlung/Übergabe an neue Besitzer, ist die Frage nach dem tatsächlich Besitzer während der Transportdauer bzw. nach Abgabe der Tiere im Ausland bis zur Vermittlung an neue Besitzer in Deutschland häufig ungeklärt.

So ist für die Übernahme von Kosten für etwaig anzuordnende vorläufige Unterbringung, Versorgungsmaßnahmen oder auch Rücktransporte während des Transports oder auch nach Ankunft in Deutschland wegen unklarer Besitzverhältnisse meist kein Verantwortlicher greifbar.

Um dem vorzubeugen, ist die Eintragung der für die Vermittlung/Verbringung verantwortliche Organisation/Person/Verein im Heimtierausweis als Tierbesitzer erforderlich.

Herkunft und Vermittlungshergang eines Tieres müssen anhand des Heimtierausweises nachvollziehbar bleiben, im Falle ansteckender Erkrankungen ist dies aus epidemiologischen Gründen im Sinne der Rückverfolgbarkeit und eventuell erforderlicher Maßnahmen zur Verhinderung einer Ausbreitung solcher Erkrankungen unabdingbar.

Im Zuge dessen ist die Eintragung der/des übernehmenden Organisation/Vereins/Tierheims im Heimtierausweis als Besitzer für die Dauer der Unterbringung in der Haltungseinrichtung der/des übernehmenden Organisation/Vereins/Tierheims erforderlich.

(Da im Muster des neuen HTA gemäß VO (EU) Nr. 577/2013 der Begriff „Besitzer“ verwendet wird und in der VO (EU) 576/2013 die Formulierung „Halter oder Tierhalter“ im selben Kontext gebraucht wird, werden beide Begriffe hier mit gleicher Bedeutung verwendet.)

- h) Beim Empfang von Tieren aus einem anderen Mitgliedstaat ist dem Veterinäramt ZZ die voraussichtliche Ankunftszeit unter Angabe der Art und der Zahl der Tiere mindestens einen Werktag vorher anzuzeigen. Der Anzeigepflicht kann gerne per Mail oder auch per Fax nachgekommen werden (§ 19 BmTierSSchutzV).

Begründung:

Die tierseuchenrechtlichen Bestimmungen sind geltendes Recht. Sie sind erforderlich und geeignet, um die Weiterverbreitung von Tierseuchen zu verhindern. Sie beziehen sich auf das innergemeinschaftliche Verbringen von Tieren und Waren tierischer Herkunft, von denen die Gefahr einer Verschleppung von Tierseuchen ausgehen kann.

Die Anzeige-, Buchführungs- und Meldepflichten dienen dem Zweck der zuständigen Behörde Kenntnis über alle vorhandenen Betriebe mit innergemeinschaftlichem und internationalem Tierverkehr zu schaffen. Diese Kenntnisse sind ebenfalls notwendig, um im Falle von Seuchenausbrüchen die erforderlichen Nachforschungen nach der Entstehung und eventuellen Verschleppung der Seuche zu ermöglichen. Zur weiteren Durchführung der Überwachung ist die konkrete Anzeige der Ankunft erforderlich.

Mit dem System TRACES (TRAdE Control and Expert System) wurde eine einheitliche elektronische Datenbank geschaffen, mit der sich einerseits Transporte von Tieren und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs innerhalb der Europäischen Union (EU) sowie von Tieren und Erzeugnissen aus Drittländern verfolgen lassen und andererseits alle Referenzdaten zum Handel mit Tieren verfügbar gemacht werden können.

Mit der elektronischen Übermittlung der Informationen und der zentralen Verwaltung lässt sich der Informationsaustausch über den Gesundheitszustand der Tiere und Tierschutzaspekte zwischen den zuständigen Behörden der Regionen, in denen eine Veterinärbescheinigung oder ein Veterinärdokument für Tiere oder tierische Erzeugnisse ausgestellt wurde, und den zuständigen Behörden des Bestimmungsmitgliedstaats erleichtern.

Allgemeine Hinweise

1. Amtstierärztliche Kontrolle:

Ihr Betrieb unterliegt der amtstierärztlichen Kontrolle (§ 16 Tierschutzgesetz).

Diese Erlaubnis ergeht nach dem Tierschutzgesetz und beinhaltet keine anderen ggf. erforderlichen Genehmigungen (z.B. baurechtliche Genehmigungen). Tierseuchenrechtliche Vorgaben sind zu beachten.

Sie sind über die bestehenden Vorschriften des Tierschutzes unterrichtet worden. Die Nichtbeachtung der Vorschriften kann zur Einleitung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens führen.

Die nachträgliche Aufnahme, Änderung und Ergänzung von Nebenbestimmungen bzw. Auflagen sind vorbehalten.

Die Erlaubnis kann unter anderem widerrufen werden, wenn

- durch amtstierärztliche Überprüfung festgestellt wird, dass die Tiere nicht tierschutzgerecht gehalten werden,

- tierschutzrechtliche Bestimmungen missachtet werden, bzw.
- Auflagen nicht oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt werden.

2. Hundetransporte:

2.1 Die Transporte der Hunde nach Deutschland dürfen nur durch ein nach VO (EG) 1/2005 für lange Transporte (Transportdauer > 8 Std. trifft i.d.R. für alle Auslandshunde zu) zugelassenes Transportunternehmen durchgeführt werden.

2.2 Die für den Tierschutz verantwortlichen und die transportbegleitenden Personen müssen i.S.d. Artikels 3, 2. Satz, Buchstabe e) der VO (EG) 1/2005 hierfür in angemessener Weise geschult oder qualifiziert sein. Dazu gehört bei regelmäßiger Transportbegleitung der Nachweis eines Erste-Hilfe-Kurses für Hunde.

Zudem schließt dies die Kenntnis der jeweils für Hundevermittlung aus dem Ausland und den Transport geltenden Rechtsvorschriften ein.

Die verantwortlichen und die transportbegleitenden Personen haben sich regelmäßig hinsichtlich der jeweils geltenden Rechtsvorschriften sowie tierschutzrelevanter und die Tiergesundheit betreffender Gegebenheiten fortzubilden.

3. Fortbildung:

Die für den Tierschutz verantwortlichen Personen haben sich regelmäßig hinsichtlich der jeweils geltenden Rechtsvorschriften sowie tierschutzrelevanter und die Tiergesundheit betreffender Gegebenheiten fortzubilden.

4. Anforderungen hinsichtlich der Sicherheit:

Für die Einrichtung ist eine Haftpflichtversicherung abzuschließen. Das Betreten der Einrichtung ist nur durch die Beschäftigten oder in deren Anwesenheit erlaubt. Dies wird gewährleistet durch die sichere Einzäunung der gesamten Anlage (möglichst mit einem 2 m hohen Zaun) und die Kontrolle des Eingangs.

Um ein Entweichen von Tieren und das Betreten durch Unbefugte zu verhindern, sind die einzelnen Haltungseinheiten und Abteilungen sicher zu verschließen und ebenso einzuzäunen. Ein unbefugtes Füttern der Tiere ist zu verhindern.

(Quelle: TVT-Merkblatt Nr. 110)

Rechtsgrundlagen

(jeweils in der derzeit gültigen Fassung):

- Tierschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 2006 (BGBl. I S. 1206, 1313), das durch Artikel 4 Absatz 90 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist
- Verordnung (EG) Nr. 1/2005 des Rates vom 22. Dezember 2004 über den Schutz von Tieren beim Transport und damit zusammenhängenden Vorgängen sowie zur Änderung der Richtlinien 64/432/EWG und 93/119/EG und der Verordnung (EG) Nr. 1255/97 Berichtigung, ABl. L 113 vom 27.4.2006, S. 26 (1/05)

- Verordnung über das innergemeinschaftliche Verbringen sowie die Einfuhr und Durchfuhr von Tieren und Waren (Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung – BmTierSSchutzV) vom 06.04.2005 (BHBI I S. 997)
- Richtlinie 92/65/EWG des Rates vom 13.07.1992 (ABl. L 268, S. 54)
Achtung: RL 92/65/EWG zum 29.12.2014 geändert durch RL 2013/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 (ABl Nr. L 178 vom 28.06.2013, S. 107 - 108)
- VO (EU) Nr. 576/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 über die Verbringung von Heimtieren zu anderen als Handelszwecken und zur Aufhebung der VO (EG) Nr. 998/2003 (ABl Nr. L 178 vom 28.06.2013, S. 1 -26)
- Durchführungsverordnung (EU) Nr. 577/2013 der Kommission vom 28. Juni 2013 zu den Musteridentifizierungsdokumenten für die Verbringung von Hunden, Katzen und Frettchen zu anderen als Handelszwecken, (...) gemäß der VO (EU) Nr. 576/2013 des Europäischen Parlamentes und des Rates. (ABl Nr. L 178 vom 28.06.2013, S. 109 -148)
- Verordnung (EG) Nr. 599/2004 der Kommission vom 30. März 2004 zur Festlegung einheitlicher Musterbescheinigungen und Kontrollberichte für den innergemeinschaftlichen Handel mit Tieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs (ABl Nr. L 094 vom 31/03/2004 S. 0044 – 0056)
- Durchführungsbeschluss der Kommission vom 21. Oktober 2013 zur Änderung von Anhang E Teil 1 der Richtlinie 92/65/EWG des Rates hinsichtlich der Musterbescheinigung für Tiere aus Betrieben (ABl Nr. L 281 vom 23.10.2013 S. 14 – 15)

Im Weiteren:

Kostenfestsetzung

Rechtsmittelbelehrung

Stand 12.10.2015

Anregungen, Verbesserungen und begründete Kritik nehmen wir gerne über die TVT Geschäftsstelle per Email an: geschaeftsstelle@tierschutz-tvt.de